

Inhalt

Einleitung

I. Thema und Vorgehen	11
II. Was ist Vermögenspolitik? – Begriffliche Vorbemerkungen	14
III. Zur Eingrenzung des Untersuchungsbereichs	14
IV. Theoretische Erklärungsversuche	17
V. Forschungsstand	19
VI. Fragestellungen	22
VII. Quellenlage	24

A. Ursprünge und Traditionen

I. Katholische Soziallehre	26
II. Bürgerliche Sozialreform	30
III. Betriebliche Sozialpolitik, Entlohnungsformen, Gewinnbeteiligung	32
IV. Sozialistische Ansätze	36
V. Staatliche Maßnahmen	38
VI. Zusammenfassung	39

B. Die vermögenspolitische Diskussion nach 1945

I. Neue Ansätze der Verteilungstheorie	41
II. Die Entstehung der Pläne zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft	49
1. Anknüpfung an Traditionen der Vorkriegszeit (1948–1957)	49
a) Betriebliche Partnerschaft	49
b) Betriebliches Miteigentum	56
2. Die vermögenspolitische Diskussion im sozialen Katholizismus und die Konzeption des Investivlohns (1949–1965)	61
a) Die katholische Soziallehre und der soziale Katholizismus in der Bundesrepublik	61
b) Sparen ohne Konsumverzicht	67
c) Investivlohnpläne	71
3. Verwissenschaftlichung der vermögenspolitischen Diskussion und vermögenspolitische Ansätze im DGB: Die Konzeption der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung und andere Pläne (1956–1970)	76
a) Kritik des Investivlohns	76
b) Lohnpolitik und Vermögensbildung	78
c) Pläne für eine überbetriebliche Gewinnbeteiligung	81

d) Kombinierte Pläne – Vermögensbildung durch Staatsverschuldung?	86
e) Vermögenspolitik und Vermögensstatistik	88
4. Die vermögenspolitischen Pläne: Versuch einer Systematisierung ..	92
III. Ordnungspolitische Alternativen: Der Beitrag des Neoliberalismus ..	95
1. Die Verteilungsproblematik im Denken der Neoliberalen	95
2. Wiederherstellung des Kapitalmarkts und Regeneration der Aktie ..	103
3. Sparneigung oder Sparfähigkeit?	109
4. Individuelle Vermögensbildung oder „Versorgungsstaat“	111
5. Gab es eine vermögenspolitische Konzeption des Neoliberalismus?	113
IV. Volkskapitalismus: Konzeption oder Zerrbild?	116
V. Phasen der öffentlichen Diskussion	117
VI. Zusammenfassung	120

C. Von der Auseinandersetzung um die Wirtschaftsordnung zum Verteilungskampf: Die Vermögensverteilung wird zum politischen Thema (1949–1953)

I. Von Ahlen nach Düsseldorf: Die Programmatik, Richtungskämpfe und organisatorische Weichenstellungen in der frühen CDU	122
II. Verteilungspolitische Vorentscheidungen 1948–1952	134
III. Vermögenspolitik als Krisenmanagement? Erste vermögenspolitische Initiativen 1950–1952	145
1. Lohnpolitik und Investitionsfinanzierung 1950/51	145
2. Die Auseinandersetzung um Mitbestimmung und Entflechtung 1951/52	150
3. Vom Karlsruher zum Berliner Parteitag 1951/52	155
IV. Vermögenspolitische Ansätze in der Gesetzgebung	163
1. Vom Sachwertsparen zum Investmentgesetz	163
2. Kapitalmarkt und Sparförderung	167
V. Der Hamburger Parteitag: Grundsatzentscheidung oder Formelkompromiß?	182
1. Vom Berliner zum Hamburger Parteitag	182
2. Das „Miteigentum“ im Hamburger Programm	188
VI. Zusammenfassung	190

D. Stagnation und neue Initiativen: Vermögenspolitik in der zweiten Legislaturperiode (1953–1957)

I. Die Auseinandersetzungen um das Miteigentum in der CDU	193
1. Die Ausgangssituation nach der Bundestagswahl 1953	193

c) Die Beratungen im Unterausschuß Eigentum und die Verhandlungen mit Niedersachsen	328
d) Die Durchführung der VW-Privatisierung	332
3. Das Sparprämien-gesetz	336
a) Hintergründe und Motive	336
b) Der Regierungsentwurf	338
c) Die parlamentarischen Beratungen	343
d) Inanspruchnahme und Auswirkungen	349
4. Die Kleine Aktienrechtsreform	351
a) Hintergründe und Motive	351
b) Die Beratungen in Mehrheitsfraktion und Parlament	356
III. Das Erste Vermögensbildungsgesetz	365
1. Die Diskussion in der Mehrheitsfraktion	365
2. Vorentscheidungen im Arbeitsministerium	373
3. Koordination von Fraktion und Ministerialbürokratie im Unterausschuß Eigentum	377
a) Kompensation oder Versuchsballon? Der Gesetzentwurf über Pensionsrückstellungen	377
b) Die Lösung eines Dilemmas: Der Entwurf über die Ergebnisbeteiligung	383
4. Interministerielle Beratungen	388
5. Zwischen Mitarbeit und Intervention: Der Einfluß der Verbände	392
6. Die parlamentarischen Beratungen	399
7. Erfolge und Mißerfolge	406
F. Ausblick: Das Zweite Vermögensbildungsgesetz	409
G. Vermögenspolitik und Vermögensverteilung	412
Zusammenfassung	426
Anhang	
Abkürzungsverzeichnis	434
Quellen- und Literaturverzeichnis	437
I. Ungedruckte Quellen	437
II. Gedruckte Quellen und Literatur	439
Personenregister	465
Gesetzes- und Institutionenregister	471

	2. Der institutionelle Rahmen	195
	3. Die innerparteilichen Beratungen	197
II.	Vermögenspolitische Aspekte der Gesetzgebung	201
	1. Das Investmentgesetz	201
	2. Kapitalmarkt und Sparförderung	208
	3. Der lange Weg zur Privatisierung	213
	4. Die Rentenreform	222
	5. Vorarbeiten zur Aktienrechtsreform	226
III.	Miteigentum gegen neoliberale Ordnungspolitik: Vermögenspolitische Vorentscheidungen 1956/57	229
	1. Die neoliberale Ordnungspolitik auf dem Prüfstand: Die Konjunk- turdebatte 1956	229
	2. Neuorientierung der Kapitalmarktpolitik	242
	3. Einstieg in die Privatisierung: Der VW-Gesetzesentwurf	247
	4. Miteigentums-Entwurf der CDA und Gleitze-Plan	256
	5. Miteigentum oder Eigentum für jeden? Vom Hamburger Parteitag bis zur Einbringung des VW-Entwurfs	258
	6. Frankfurter Wirtschaftstag und Bundestagswahlkampf 1957	264
IV.	Zusammenfassung – Vom „Miteigentum“ zur „Vermögenspolitik“	267

E. Die Grundlegung der bundesdeutschen Vermögenspolitik in der dritten Legislaturperiode (1957–1961)

I.	Voraussetzungen und Rahmenbedingungen	270
	1. Regierungsbildung und Regierungserklärung 1957	270
	a) Die Regierungsbildung	270
	b) Die Regierungserklärung	278
	2. Personen und Institutionen	282
	a) Mehrheitsfraktion und Interessenverbände	282
	b) Die Ministerialbürokratie	290
	3. „Stilwandel der Sozialpolitik“?	298
	4. Das politische Umfeld: Opposition, Gewerkschaften, Arbeitgeber	303
II.	Zwischen Ordnungspolitik und Verteilungspolitik: Das neoliberale Ge- setzgebungsprogramm	311
	1. Kapitalmarkt- und Aktienrechtsreform: Das Gesetzespaket von 1958	311
	a) Die Steuerreform von 1958	311
	b) Die Große Aktienrechtsreform	315
	c) Reformen zwischen Ordnungs- und Verteilungspolitik	319
	2. Die Privatisierung von VW und Preussag	321
	a) Die Verhandlungen zwischen den Ressorts	321
	b) Zwischenspiel: Die Privatisierung der Preussag	326